

Enztal-Blatt

Amtsblatt für Wildbad
Anzeiger und Tagblatt für das obere Enztal.

Ersteinst. Blatt, ausgenommen Sonn- und
Feiertage. = Bezugspreis 21. 3. 20 Viertel-
jährlich, 1.10 monatlich; durch die Post im Orts-
ausbezugspreis 21. 3. 20, im sonstigen Orts-
ausbezugspreis 21. 3. 10 u. 20 Pf. Postbefreiung.

Anzeigenpreis: die einspalt. Zeile oben
oben Raum 15 Bfg., andwärts 20 Bfg., Re-
klamazeilen 60 Bfg., bei größeren Aufträgen
— Rabatt nach Tarif.
Schluß der Anzeigenannahme: 8 Uhr vormittags

Druck und Verlag der Wildbader Verlag-Druckerei und Buchhandlung; Schriftleitung: Th. Gae. Fernsprecher 33. Anzeigenannahme: In Wildbad: Wilhelmstraße 29. Freitag, den 22. August 1919. In Calmbach: Hauptstraße 100. Jahrgang 53

Deutsche Nationalversammlung. Weimar, 20. Aug.

Das Erbschaftsteuergesetz, das die Steuerpflicht auch auf Kinder und Ehegatten ausdehnt, ist von der Nationalversammlung endgültig angenommen worden. Die Rechtsparteien erklärten, angesichts der Notlage des Reichs sträuben sie sich nicht mehr gegen die Besteuerung des Gatten- und Kindeserbes, aber der im Ausschuss beschlossene Satz gehe zu weit und er werde zur Wegsteuerung des Vermögens führen. Die Linke dagegen machte geltend, die Erbschaftsteuer sei nur ein Anfang. Abg. Keil (Soz.) hielt die Steuererträge für ungenügend; die Anhäufung von Kapital dürfe nicht durch Vererbung vermehrt werden. Das Gesetz könne daher nur als eine Abschlagszahlung betrachtet werden. Abg. Wurm (Unabh.) erklärte, seine Partei hätte es lieber gesehen, wenn man dem Volk durch Sozialisierung zu Leibe gegangen wäre, statt auf dem Umweg über die Erbschaftsteuer, aber besser dies als nichts. — Der Neumilliardenkredit hat die Ausschussberatung schon passiert und wurde nun vom Plenum in zweiter Beratung vorgenommen. Abg. Hugenberg (Deutschnat.) beklagte, daß durch das schnelle Tempo die parlamentarische Kritik der Regierungsvorlagen unterbunden werde. Zum Ausdruck ihrer Mißbilligung werde seine Partei nur für die Bewilligung von acht Milliarden stimmen, indem sie damit andererseits die Notwendigkeit einer Auffüllung der Reichsfinanzen anerkenne. Die Rede Hugenbergs rief den Reichsfinanzminister Erzberger auf den Plan, der in äußerster scharfer Weise die Einwendungen Hugenbergs zurückwies. Wenn er ihm (Erzberger) vorwerfe, daß er aus dem Waffensstillstands- und Friedensvertrag nicht genug herausgeholt habe, so hätte eben Hugenberg nach Versailles gehen sollen. Hugenberg rief, er habe sich nicht dazu gedrängt, was Erzberger mit dem Wort „Ungezogenheit“ quittierte. Darauf entstand ein großer Lärm auf der rechten und von der Gegenseite fand er ein starkes Echo. Die Berichterstatter melten, daß ähnliche Ausfälle in der Nationalversammlung noch nicht dagewesen seien. Der Reichsfinanzminister, dessen Worte einige Zeit in der großen Unruhe des Hauses untergingen, wiederholte zum Schluß, was er schon vorher erklärt hatte: er werde seinen Platz behaupten, solange er das Vertrauen der Mehrheit habe. Von der demokratischen Partei ergriff Abg. Dr. Haas das Wort. Die Prämienanleihe, durch die das Defizit gedeckt werden solle, sei zwar nicht nach dem Wunsch seiner Parteifreunde, aber sie nehmen sie hin in der Notlage des Reichs. Der Kredit wurde darnach in 2. und 3. Lesung bewilligt. Zum Schluß berichtete Abg. Einzheimer (Soz.) über die Vorarbeiten des Ausschusses zur Einsetzung eines „Untersuchungsausschusses“, der sodann nach den Vorschlägen des Untersuchungsausschusses gewählt wurde und des aus 28 Mitgliedern der Nationalversammlung besteht.

Das Erbschaftsteuergesetz angenommen.

2. Beratung des Erbschaftsteuergesetzes.
Abg. Graf v. Posadowsky (D.Nat.Vp.): Der Ausschussbericht ist uns erst heute morgen zugegangen. In der Ausschussberatung hat der Entwurf so wichtige Änderungen erfahren, daß wir eine gründliche Durchberatung für unbedingt notwendig halten. Wir können uns mit der Erledigung des Gesetzes nur einverstanden erklären, falls die vom Ausschuss vorgeschlagenen Änderungen abgelehnt werden. Geschieht das nicht, dann werden wir die Weiterberatung dieses Gesetzes mit den Mitteln der Geschäftserkundung zu verhindern suchen.
Abg. Keil (Soz.): Gedrückt ist die Vorlage wesentlich nur hinsichtlich des Tarifs. (Zuruf rechts: Das ist doch die Hauptsache!) Wir haben 5 Jahre unseren Wunsch nach einer geringeren Erbschaftsteuer zurückgestellt; jetzt können wir auf ihre rascheste Erledigung nicht mehr verzichten. Die Anhäufung von Vermögen soll nicht durch Vererbung festgehalten werden.
Das Haus tritt in die Beratung der Vorlage ein.
Abg. Dr. Becker-Hessen (D.V.) erstattet den Ausschussbericht. Das Gesetz habe durch den Ausschuss besonders auch für Adhominiklinge und Ehegatten eine wesentliche Verschärfung erfahren.
Abg. Keil (Soz.): Die Erbschaftsteuer ist die eigentliche große dauernde Besitzsteuer, die wir haben und die deshalb ausgebaut werden muß. Ein unerträglicher Luxus macht sich bemerkbar. Die wichtigste Aufgabe ist, die menschliche Arbeitskraft gegen Ueberlastung mit indirekten Steuern zu schützen. Das letzte Gesetz kann nur eine Abschlagszahlung sein.
Abg. Kaschka (D.D.P.): Wir haben dieses Gesetz mit Freuden begrüßt, da es endlich die Besteuerung des Kinder- und Gattenerbes bringt. Nach den Ausschussvorschlägen wird ein Betrag von 800 Millionen Mark erreicht.
Abg. Hampe (D.Nat.Vp.): Auch wir sind zu jedem Opfer bereit und hätten die Vorlage der Regierung ohne weiteres angenommen; aber die Ausschussvorschläge stoßen bei uns auf zum Teil unüberwindliche Bedenken. Die ohnehin schon schwer belasteten Grundbesitz- und Industriellen werden festgelegten Vermögen können diese exorbitante Erbschaftsteuer, die zwischen 35 und 90 Proz. betragen soll, unmöglich ertragen.
Abg. Dr. Marek (D.V.): Wir haben gegen die Verschärfung durch den Ausschuss die erheblichsten Bedenken. Die Sätze des Ausschusses bedeuten eine Wegsteuerung des Vermögens.
Abg. Wurm (U.S.V.): Die Erbschaftsteuer ist nach unserer Meinung noch lange nicht genug ausgedehnt.
Der Antrag der beiden Rechtsparteien auf Wiederherstellung

der Regierungsvorlage wird abgelehnt. Es bleibt also bei dem von dem Ausschuss beschlossenen Steuerertrag.
Das Erbschaftsteuergesetz wird dann gegen die Stimmen der deutschen Volkspartei und des überwiegenden Teiles der Deutsch-Nationalen Volkspartei angenommen.

Nachmittags-Sitzung.

Das Gesetz betreffend den Anleihekredit für 1919 und das Gesetz über die Ausführung des Friedensvertrags werden in zweiter Beratung miteinander verbunden.
Abg. Gränwald (D.D.P.): stellt fest, der Plan einer Prämienanleihe sei im Ausschuss nicht so sehr auf grundsätzliche Gegnerlichkeit als vielmehr auf allerlei praktische Bedenken gestützt. Der Finanzminister werde nur im Einverständnis mit einem besonders eingehenden Ausschuss vorgehen können.
Abg. Kengott (Soz.): Im Interesse der Fortführung der Geschäfte des Reichs werden wir die Kredite bewilligen. Wir erwarten aber größte Sparlichkeit.
Abg. Hugenberg (D.Nat.Vp.): Diese Vorlagen sind aus der Kommission mit assenartiger Geschwindigkeit zurückgekommen. Zwar hat der Reichsfinanzminister bei Einbringung der großen Steuerordnungen eine ausführliche und eingehende Denkschrift über die Finanzlage des Reichs zugefunkt. Was er uns aber gegeben hat, ist außerordentlich dürftig und nebensächlich. Unvollständig erklärt er vor dem Landtag uns die Aufgabe der Kritik durch diese Art der Geschäftsbehandlung unmöglich gemacht wird. Sie schließen grundsätzlich die Kritik ab. Wir mit 8 Milliarden bewilligen. — Wir anerkennen, daß die Finanzverhältnisse einer Auffüllung der Reichsfinanzen bedürfen. Mit der Streichung der einen Milliarde wollen wir bezwecken, daß wir zu dem augenblicklichen Finanzminister kein Vertrauen haben. Es war kein glücklicher Schritt, den jetzigen Finanzminister in seine Stellung zu bringen. Die Frage einer niedrigen verzinsten Prämienanleihe hätte wohl eine gründlichere Erörterung verdient. Wir werden diese Vorlage ablehnen. Die beiden Gesetze zur Ausführung des Friedensvertrags werden dem Volk klar machen, wie durch den Friedensvertrag unser Glück und unser Wohlstand, unser Selbstbestimmungsrecht und unsere Freiheit preisgegeben worden sind. Die beiden Gesetze legen weitgehende Befugnisse in die Hände einer einseitigen Parteiregierung, die bei der Verletzung der Rechte sich lediglich von einseitig parteipolitischen Gesichtspunkten leiten läßt.
Reichsfinanzminister Erzberger: verteidigt sich zunächst gegen den Vorwurf einer schlechteren Erledigung der Regierungsvorlage. Der Minister weist darauf hin, daß durch die Initiative der Deutsch-Nationalen Deutschland zu den unerträglichsten Bedingungen zur Ablieferung von Vieh und Maschinen gezwungen sei, die seinerseits aus den von uns besetzten Gebieten weggeholt oder zerstört worden seien. Sodann weist der Minister die persönlichen Angriffe des Abg. Hugenberg zurück und weist der rechten Mangel an Wahrhaftigkeit vor. Diese Ausführungen rufen einen Entrüstungssturm bei der Rechten und demokratischen Befreiung der Reichsparteien hervor, so daß die weiteren Ausführungen des Ministers unverständlich bleiben. Er fährt dann fort: Wenn man dem Antrag folgen würde, dann wäre es 3. u. unmöglich, den Antrag sämtlicher Parteien, also einschließlich der Deutsch-Nationalen, auszuführen, nach dem den Hinterbliebenen von Kriegern eine einmalige außerordentliche Beihilfe gewährt werden soll. Eine Prämienanleihe würde von unüberwindlichen wirtschaftlichen Folgen begleitet sein.

Abg. Dr. Haas (D.D.P.): Wir wissen nicht, wie weit inzwischen die Verhandlungen der beiden Reichsparteien über den § 1 der Ausschussfassung gediehen sind. Jedenfalls will mir scheinen, als ob auf die Dauer das Verhalten der Sozialdemokratie mit den Grundgedanken der Demokratie nicht mehr verträglich ist. Wir unfererseits haben keine Lust mehr, wenn die Reichsparteien sich nicht einigen, durch unsere Stimmen für den Antrag zu sorgen. Sinnlos ist auch uns der Gedanke der Prämienanleihe nicht; aber die letzte Entscheidung darüber wird so im Benehmen mit dem Ausschuss der Nationalversammlung getroffen werden. Die beiden Gesetze zur Ausführung des Friedensvertrags betreffend, hätte der Finanzminister Erzberger nicht den Versuch machen sollen, die Folgen des Friedensvertrags in mildem Licht erscheinen zu lassen. Das Volk will und muß die volle Wahrheit erfahren. Wir sind tatsächlich in der Hand unserer Feinde. Immerhin bleibt uns aber die Hoffnung, daß dieser Friedensvertrag nicht ewig bestehen wird. Bei der Ausführung des Gesetzes wird der Haushaltswirtschaft darauf zu achten haben, daß keine Geschäftswirtschaft getrieben wird und daß der Geist der Bürokratie nicht wieder in der Hand genährt wird.

Abg. Wurm (U.S.V.): Die beiden Entwürfe, die den Friedensvertrag betreffen, nehmen wir an. Den Anleihekredit können wir nicht bewilligen, da sich die Regierung mit uns in einem Lebenskampf befindet. Ganz unannehmbar ist für uns die Prämienanleihe.
Abg. Dr. Kiefer (D.V.): Die Kreditvorlage nehmen wir an.
Reichsfinanzminister Erzberger bemerkt, daß die Prämienanleihe so ausgestaltet werde, daß sie der Kapitalbesteuerung diene.
Ohne wesentliche Änderungen wird das Gesetz in 2. und 3. Lesung angenommen, desgleichen in 2. und 3. Lesung die Gesetze betreffend den Friedensvertrag, letztere unter Annahme einer Entschleunigung des Ausschusses, wonach bei Beschlagnahme und Einleitung bedürftige Kriegsteilnehmer und Internierten von Anrainern befreit werden sollen.

Abg. Einzheimer (Soz.) erstattet danach Bericht über die Wahl eines Untersuchungsausschusses, der feststellen soll, welche Vorgänge zum Ausbruch des Kriegs, welche zu seiner Verlängerung und welche zu seinem Beendigung geführt haben, insbesondere welche Möglichkeiten im Verlauf des Kriegs sich geboten haben, zu Friedensbelohnungen zu gelangen usw.
Abg. Wurm (U.S.V.): Im Volk besteht zweifellos ein Drängen nach Klarheit der Schuldfrage. Bei einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss, wie er beantragt worden ist, besteht die Gefahr der Voreingenommenheit, die die Ermittlung der objektiven Wahrheit verhindert. Die schädliche Folge der Arbeit des Ausschusses wird die Verallgemeinerung einzelner Fälle zu Ungunsten des deutschen Volkes durch das Ausland sein.

Abg. Graf v. Posadowsky (D.D.P.): Wir halten es für richtiger, den Ausschuss aus Persönlichkeiten zusammenzusetzen, denen die Forschung der Wahrheit gewissermaßen Lebensbedürfnis geworden ist. Auch ich bin der Überzeugung, wir hätten den Krieg vermeiden können, nämlich wenn wir Frankreich gleichzeitig

eingingen. England unsere Kolonien, Rußland von uns ungewollt und noch Milliarden draufgelegt hätten. Aber das ist ja gerade die Frage, welche Zumutungen wir uns stellen lassen durften und welche Opfer wir zur Vermeidung des Kriegs bringen mußten. Die Hungerblockade und die Zurückhaltung der Gefangenen genügen allein schon, um die menschliche Schuld der Entente als riesengroß gegenüber der Schuld erscheinen zu lassen, die es vielleicht auf unserer Seite festzustellen gelingen wird.

Abg. Dr. Duldbe (D.D.P.): Der Ausschuss hat das ganze Verfahren von der Aufgabe, gegen bestimmte Einzelpersonen ein Strafverfahren durchzuführen, losgelöst. Der ursprünglichen Vorlage ist damit die persönliche Zuzipung genommen.
Abg. Davidsohn (Soz.): Im Ausschuss habe ich gesagt, daß nicht bloß deutsche, sondern auch ententistische Schuld festgestellt werden soll.
Der Antrag wird angenommen.
Das Haus wählt den Untersuchungsausschuss.

Es folgt die Interpellation Dransfeld (Z.), wie weit die Regierung bei der wirtschaftlichen Demobilisierung der Frauen bereit sei, Frauen bei allen Stellen, die mit sozialen Maßnahmen betr. Frauennarbeit zu tun haben, mitwirken zu lassen.

Reichsarbeitsminister Schlicke: In das Arbeitsministerium werden fortan für die geeigneten Stellen Frauen berufen werden. Die Erwerbsbedürftigkeit wird zwar noch vorläufig beibehalten werden müssen, bei Wiederkehr geordneter Verhältnisse aber fortfallen.

Es folgt die Entschleunigung aller Parteien, in der die Befreiung der deutschen Kriegsgefangenen gefordert wird.

Präsident Fehrenbach: Die deutsche Regierung hat alles getan, um die Rückkehr unserer Gefangenen herbeizuführen.

Es folgt der Antrag Löbe (Soz.), Gräber (Z.), Schiffer-Wagdeburg (D.D.P.), Dr. Heinze (D.V.), die Regierung möge als Zeichen der Dankbarkeit und zur Erinnerung an die Tage der Nationalversammlung in Weimar 300 000 Mark überweisen, zur Pflege volkshilflicher Aufstellungen für das deutsche Volk.

Der Antrag wird, nachdem Graf Posadowsky Bedenken wegen der schlechten Finanzlage erhoben hatte, gegen die Stimmen eines Teils der Deutsch-Nationalen angenommen.

Weimarscher Staatsminister Dr. Paulsen spricht der Versammlung den Dank des Staats und der Stadt Weimar aus. Zur Erinnerung an die Tagung der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung werde eine Marmortafel am Eingang des Hauses angebracht werden.

Nächste Sitzung: Donnerstag vormittag 8 Uhr.

Weimar, 21. Aug.

Erster Gegenstand ist ein von Abgeordneten aller Parteien eingebrachter Antrag, notleidenden Kriegshinterbliebenen Beihilfe zu gewähren.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzes über die Betriebsräte.

Reichsarbeitsminister Schlicke: Das 3 Gebiete behandelnde Gesetz (Arbeitsverfassung, Arbeitsvermittlung und Arbeitsrecht) stellt eine grundlegende Umgestaltung des Wirtschaftslebens dar. Der 9. November warf den Kätegedanken in die öffentliche Diskussion. Ein einheitlicher Kätegedanke ist eigentlich in der Hauptsache nicht vorhanden. Die Regierung hat erklärt, daß sie ein Kätegesetz mit politischen Aufgaben abzulehne; daß neben dem auf freien Wahlen hervorgehenden Parlament nicht noch ein anderes eingesetzt werden könne. Dagegen hat sie sich den Gedanken, die Räte mit wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben zu betrauen, zu eigen gemacht und in Artikel 165 der Verfassung festgelegt. Die ersten Schritte werden andere folgen über Arbeitsräte und Wirtschafts- und gewerbliche Gleichberechtigung auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet für unmöglich. Dem Widerspruch von rechts steht aber ein genau so scharfer Widerspruch von links gegenüber. Sie wollen die volle Selbstbestimmung der Arbeiter und Betriebsräte an der Verwaltung, nicht nur zu Erhöhungen der Leistungen des Betriebs, sondern überhaupt. Sie verlangen die Sozialisierung der Arbeit. Der Wirkungsbereich eines Betriebsrats ist viel zu eng, um diesen Gedanken zu verwirklichen. Nur eine Stelle mit einem großen wirtschaftlichen Tätigkeitsgebiet kann das. Die später zu schaffenden Wirtschafts- und Betriebsräte an der Verwaltung, nicht nur zu Erhöhungen der Leistungen des Betriebs, sondern überhaupt. Sie verlangen die Sozialisierung der Arbeit. Der Wirkungsbereich eines Betriebsrats ist viel zu eng, um diesen Gedanken zu verwirklichen. Nur eine Stelle mit einem großen wirtschaftlichen Tätigkeitsgebiet kann das. Die später zu schaffenden Wirtschafts- und Betriebsräte an der Verwaltung, nicht nur zu Erhöhungen der Leistungen des Betriebs, sondern überhaupt. Sie verlangen die Sozialisierung der Arbeit. Der Wirkungsbereich eines Betriebsrats ist viel zu eng, um diesen Gedanken zu verwirklichen. Nur eine Stelle mit einem großen wirtschaftlichen Tätigkeitsgebiet kann das.

Die höheren Beamten und Angestellten haben besondere Betriebsräte für sich gewünscht. Diesem Wunsch kann nicht stattgegeben werden. Auch die Redakteure der Tagespresse und die Angehörigen der darstellenden Künste wünschen eine Sonderstellung. Auch dem kann nicht nachgegeben werden. Es scheint der richtige Weg zu sein, daß diese geistigen Arbeiter für ihre besonderen Interessen den Weg einer Organisation beschreiten, sonst wird das Betriebsrätegesetz die Erwartungen, die sich daran knüpfen, nicht erfüllen können. Die Bedenken gegen das Gesetz sollte man im Interesse seines Zweckes zurückstellen. Das Ziel der Arbeit soll das Gemeinwohl sein.

Abg. Schneider-Sachsen (D.D.P.): Dem Grundgedanken des Entwurfs haben wir bei der Verfassung zuechtigt. Der vorliegende Entwurf nimmt aber nicht genügende Rücksicht auf die außerordentlich verschiedenen wirtschaftlichen Verhältnisse in Industrie, Handel, Handwerk und Landwirtschaft. Für die Industrie bedeutet die Vorlage eine Verschlechterung. Wenn wir Konflikte vermeiden wollen, muß eine klare Umgrenzung der Aufgaben beider Betriebsgruppen der Arbeiter und Angestellten und eine andere Benennung ihrer Vertretungen, Wahl

Abg. Dr. Kiefer (D.V.): Die Arbeiter haben an der festgelegten Leistungsfähigkeit des Betriebs genau dasselbe Interesse wie der Arbeitgeber. Außerdem steht den Betriebsräten ein Einspruch nur innerhalb einer bestimmten Zeit zu. Der Einspruch kann nur aus ganz bestimmten Gründen erhoben werden und muß auf die Verhältnisse des Betriebs Rücksicht nehmen. Die Besorgnis, die Betriebsräte hätten das volle Recht, in alle Anordnungen des Betriebs hineinzuwirken, ist nach dem Wortlaut des Gesetzes nicht begründet. Die höheren Beamten und Angestellten haben besondere Betriebsräte für sich gewünscht. Diesem Wunsch kann nicht stattgegeben werden. Auch die Redakteure der Tagespresse und die Angehörigen der darstellenden Künste wünschen eine Sonderstellung. Auch dem kann nicht nachgegeben werden. Es scheint der richtige Weg zu sein, daß diese geistigen Arbeiter für ihre besonderen Interessen den Weg einer Organisation beschreiten, sonst wird das Betriebsrätegesetz die Erwartungen, die sich daran knüpfen, nicht erfüllen können. Die Bedenken gegen das Gesetz sollte man im Interesse seines Zweckes zurückstellen. Das Ziel der Arbeit soll das Gemeinwohl sein.

Abg. Schneider-Sachsen (D.D.P.): Dem Grundgedanken des Entwurfs haben wir bei der Verfassung zuechtigt. Der vorliegende Entwurf nimmt aber nicht genügende Rücksicht auf die außerordentlich verschiedenen wirtschaftlichen Verhältnisse in Industrie, Handel, Handwerk und Landwirtschaft. Für die Industrie bedeutet die Vorlage eine Verschlechterung. Wenn wir Konflikte vermeiden wollen, muß eine klare Umgrenzung der Aufgaben beider Betriebsgruppen der Arbeiter und Angestellten und eine andere Benennung ihrer Vertretungen, Wahl

Abg. Dr. Kiefer (D.V.): Die Arbeiter haben an der festgelegten Leistungsfähigkeit des Betriebs genau dasselbe Interesse wie der Arbeitgeber. Außerdem steht den Betriebsräten ein Einspruch nur innerhalb einer bestimmten Zeit zu. Der Einspruch kann nur aus ganz bestimmten Gründen erhoben werden und muß auf die Verhältnisse des Betriebs Rücksicht nehmen. Die Besorgnis, die Betriebsräte hätten das volle Recht, in alle Anordnungen des Betriebs hineinzuwirken, ist nach dem Wortlaut des Gesetzes nicht begründet. Die höheren Beamten und Angestellten haben besondere Betriebsräte für sich gewünscht. Diesem Wunsch kann nicht stattgegeben werden. Auch die Redakteure der Tagespresse und die Angehörigen der darstellenden Künste wünschen eine Sonderstellung. Auch dem kann nicht nachgegeben werden. Es scheint der richtige Weg zu sein, daß diese geistigen Arbeiter für ihre besonderen Interessen den Weg einer Organisation beschreiten, sonst wird das Betriebsrätegesetz die Erwartungen, die sich daran knüpfen, nicht erfüllen können. Die Bedenken gegen das Gesetz sollte man im Interesse seines Zweckes zurückstellen. Das Ziel der Arbeit soll das Gemeinwohl sein.



fen. Unbedeutend erforderlich ist das Einspruchsrecht bei Verhandlungen schon im Interesse der Durchführung der Tarifverträge. Die Gruppenbildung muß weiter ausgebildet werden. Die verschiedenen Schichten der Angestellten im Betriebe müssen die Möglichkeit haben, im Betriebsrat mitzureden. Nach dem bisherigen Wahlverfahren ist das nicht möglich.

Abg. Deiblich (D.Nat.): Ich habe den Eindruck, daß die „Dringlichkeit“ dieses Gesetzes weniger in sozialpolitischer und wirtschaftlicher Hinsicht liegt, als vielmehr in rein politischen Opportunismatausichten. Das zeigt schon die Tatsache, daß die Entwürfe, die der Reihe nach an die Öffentlichkeit gekommen sind, immer radikalere geworden sind. Die Regierung sollte sich hüten, sich vom Wege der Revolution abbringen zu lassen und gewaltsam eine Umwälzung durchzuführen, für die die Beteiligten nicht reif sind. Der augenblickliche Zustand unseres Wirtschaftslebens so ungeeignet ist wie nur möglich.

Abg. Winckelmann (D.V.): Durch dieses Gesetz muß jede Wirtschaftsgruppe erfasst werden. Keine darf sich zurückziehen. Das Wahlbarkeitsalter von 24 Jahren ist bedenklich, ebenso wie das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte bei Einstellungen und Entlassungen vom Standpunkte der Arbeiterschaft aus.

Abg. Braß (M.F.): Die Regierung hat es versäumt, die Räte zu den festesten Stützpunkten der Revolution zu machen. Mit diesem Gesetzentwurf sind wir nicht einverstanden. Die Mehrheit der Angestellten will keine benutzte Stellung vor den Arbeitern. Die Räte müssen ganz gleichberechtigt neben dem Unternehmer stehen.

Nachdem noch die Abg. Dietrich (S.), Ehrhardi (S.) gesprochen, wird die Gesetzesvorlage dem Ausschuss für Sozialpolitik überwiesen.

Präsident Fehrenbach kündigt die Vereidigung des Reichspräsidenten auf nachmittags 5 Uhr an. In einer kurzen Ansprache dankt er den Abgeordneten für die geleistete unermüdete Arbeit. Wenn mit einer gewissen Hast gearbeitet worden sei, so sei das auf Rechnung der außerordentlichen Verhältnisse zu setzen. Nicht jeder Stein am neuen Haus habe sorgfältig behauen werden können.

Am 30. September wird die Nationalversammlung in Berlin wieder zusammentreten.

Neues vom Tage.

Die Vereidigung des Reichspräsidenten.

Weimar, 21. Aug. Heute nachmittags 5 Uhr fand die feierliche Vereidigung des Reichspräsidenten Ebert in der Nationalversammlung statt. Ebert wurde von den Schriftführern und den Vizepräsidenten am Eingang des Sitzungssaals begrüßt und vom Präsidenten Fehrenbach in den Saal geleitet und von diesem vereidigt. Präsident Fehrenbach hielt sodann eine Ansprache, die der Reichspräsident erwiderte.

Der Ausschuss für Auswärtiges.

Weimar, 21. Aug. Der von der Nationalversammlung gewählte ständige Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten ist heute zusammgetreten. Zum Vorsitzenden wurde Abg. Scheidemann (Soz.), zum stellv. Vorsitzenden Abg. Kaufmann (Dem.) gewählt, zu Schriftführern die Abgeordneten Petzsch (Str.) und Dr. Traub (D.Nat.).

Baubeamtenstreik.

Hamburg, 21. Aug. Die Baubeamten haben den Schiedsspruch des Berliner Schlichtungsausschusses angenommen; sie werden aber die Arbeit erst wieder aufnehmen, wenn die Bauherren den Schiedsspruch ebenfalls anerkennen.

Die Spartakisten.

Berlin, 21. Aug. Die spartakistische und kommunistische Bewegung nimmt an einzelnen Plätzen wie Breslau, Magdeburg, Bremen, Braunschweig und München wieder überhand, und es läßt sich genau feststellen, daß diese Plätze Mittelpunkte für spartakistische Putsche werden sollen. Die Regierung hat Vorkehrungen getroffen.

Poincare im Elsaß.

Paris, 21. Aug. Präsident Poincare und Gemahlin sind gestern in Colmar einetroffen, wo feierlicher Empfang stattfand.

licher Empfang stattfand. Von Colmar aus besuchte Poincare die Hofkapelle, Marliac und Schlettstadt und fuhr dann nach Straßburg. (Schweizerische sozialistische Blätter melden aus St. Ludwig, wegen des Generalstreiks in Mülhausen seien die Empfangsvereinfaltungen erheblich eingeschränkt worden. Sehr viel Militär sei aufgeboten worden, doch wurde die Ruhe nirgends gestört. Die Streikführer wurden verhaftet.)

Verwicklungen zwischen den Union und Mexiko.

Amsterdam, 21. Aug. Zwei amerikanische Flieger, die aus mexikanisches Gebiet gekommen waren, wurden gefangen genommen. Amerikanische Truppen haben die mexikanische Grenze überschritten. Das Staatsamt in Washington sandte eine äußerst scharfe Note an Carranza, in der die sofortige Freilassung der Flieger gefordert wird. Das Kriegsamt trifft Maßnahmen.

Amsterdam, 21. Aug. Nach Radio meldet die „New York World“, Japan habe an China eine neue Warnung wegen der gegen die Japaner gerichteten Unruhen auf der Halbinsel Schantung gerichtet. Die amerikanischen Blätter besprechen die Wahrscheinlichkeit eines Kriegs zwischen den Vereinigten Staaten und Japan und verlangen von England und Frankreich die Bekanngabe der Geheimabmachungen, die sie mit Japan getroffen haben. Es sei klar, daß Japan Schantung nicht zurückgeben wolle.

Washington, 21. Aug. Thomas Millard, der vom Senatsausschuss in der Untersuchung über die Friedensverhandlungen vernommen wurde, sagte aus, die Mitglieder der amerikanischen Friedensabordnung Bliss, White und Lansing haben in einem an Wilson gerichteten Schreiben erklärt, die Ueberlassung Schantungs an Japan (nach dem englisch-japanischen Geheimvertrag) bedeute den Krieg. Wilson habe sich aber geweigert, den Brief zu veröffentlichen. Es bestehe die Gefahr eines Kriegs zwischen den Vereinigten Staaten und Japan; letzteres könne nur von einem Angriff gegen China abgehalten werden, wenn es wisse, daß es dann einer erdrückenden Uebermacht gegenüberstehe. Millard schlug vor, Amerika solle sich die Unterstützung Großbritanniens und Frankreichs sichern, wie die Vereinigten Staaten (in dem Völkerbundsvertrag) sich bereit erklärt haben, Frankreich (gegen Deutschland) beizustehen.

Lansing über den englisch-japanischen Vertrag.

Amsterdam, 21. Aug. „Daily Herald“ meldet aus Paris, der amerikanische Staatssekretär Lansing habe sich gegen die Teilnahme Amerikas am Völkerbund ausgesprochen. Amerika habe sich vergeblich bemüht, der russischen Abordnung in der Friedenskonferenz Gehör zu verschaffen; an englischem Widerstand sei der Versuch gescheitert. Inzwischen habe die englische Gesandtschaft in Teheran mit einer kleinen Gruppe den Vertrag abgeschlossen. Es sei ein gefährliches Spiel im Geheimen getrieben worden. Großbritannien habe nicht nur sein Reich ungeheuer vergrößert, sondern auch alle Staaten um Indien herum mit Ausnahme von China und Turkestan unter seinen „Einfluß“ gebracht.

Der Aufstand in Oberschlesien.

Berlin, 21. Aug. Mehr und mehr wird man hier der Ueberzeugung, daß der Aufstand in Oberschlesien von langer Hand von polnischer Seite vorbereitet wurde, wie früher derjenige in Oden. Die Spartakisten schlossen sich den Aufständischen an. Auch die Ententevertreter sind der Ansicht, daß die Aufrechterhaltung der Ordnung solange Sache Deutschlands ist, bis der Friedensvertrag in Kraft tritt. Die Aufständischen haben nachhakenen Ruzug aus dem polnischen Gebiet erhalten.

Kattowitz, 21. Aug. Die Aufständischen wurden zurückgedrängt. Gegen 4 Uhr standen die deutschen Truppen vor Myslowitz; die in Myslowitz eingeschlossene Abteilung, der schon die Munition und die Verpflegung

ausgegangen war, wurde befreit. Unsere Witte hat Schopowitz und Rosdzin genommen. Abends wurde der Kampf eingestellt.

Beuthen, 21. Aug. Ein Bataillon der Marinebrigade ist gestern in Laurahütte eingetroffen. Von der polnischen Front wurde auf die Truppen geleuchtet. Mann wurde schwer verwundet.

Thorn, 21. Aug. Der Gouverneur hat die Kavallerie und Pfländerungen über den den verschärften Belagerungsstand. Die Pfländerungen verursachte Schaden von 200 000 Mark geschätzt.

Zusammenfassung der amerikanischen Nachrichten.

Danzig, 21. Aug. Bei einem Zusammenstoß zwischen polnischen und amerikanischen Matrosen ein Streit, der auch am Montag und Dienstag noch nachwirkte. Als am Dienstag Ulaner des kleinen Kreuzers „Frankfurt“ an dem im Hafen liegenden amerikanischen Zerstörer „Dale“ vorbeifahren, gab es wieder Streit und ein deutscher Matrose wurde schwer verwundet. Die deutschen Matrosen, denen sich auch Zivilpersonen angeschlossen, nahmen eine drohende Haltung an, worauf eine Anzahl amerikanischer Matrosen im Verein mit französischen Matrosen des Torpedoboots „Glamore“ auf die Menge einströmten. Von der „Glamore“ wurde überdies ein Schuß abgegeben, wodurch vier Personen verwundet wurden. Die Grenzschutztruppen griffen darauf ein und verdrängten die Ansammlung. Die Amerikaner und Franzosen zogen sich auf ihre Schiffe zurück.

An den wieder aufgenommenen Verhandlungen der deutsch-polnischen Kommission wird auch Reichswehrminister Noske teilnehmen.

Ententetruppen gegen die Streiks.

Berlin, 21. Aug. Die Blätter melden, der Oberste Rat habe Marschall Foch beauftragt, der Reichsregierung nahezu legen, daß den Streiks ein Ende gemacht werde. Nötigenfalls werde die Entente dazu Truppen stellen. (1)

Aus dem besetzten Gebiet.

Berlin, 21. Aug. In Mainz hat die 10. französische Armee die Eisenbahnlinien von Mainz bis zu 10 Kilometern von der Grenze besetzt. Die Berliner Volkszeitung meldet, daß in den besetzten Gegenständen wie Eisenwaren, Werkzeugen, dem Lazarett Rodus-Verband, sowie in dem polnischen Heeresbesitzungen waren.

Bedrohliche Lage in Ostpreußen.

München, 21. Aug. Die dort. Postverwaltung meldet, es sei der Regierung wohl bekannt, daß in Ostpreußen und seiner industriellen Umgebung unerwünschte Verhältnisse bestehen, und die Regierung werde nicht zögern, nötigenfalls einzugreifen. Die Nachricht, daß dort ein starker Waffenschmuggel getrieben werde, sei unrichtig.

Die Lage in Ungarn.

Budapest, 21. Aug. Der Reichsverweser Erzherzog Josef hat (nach Reuters) der Friedenskonferenz erklärt, daß er das Regiment nur so lange führen werde, bis die verfassungsgebende Versammlung über die künftige Staatsform Ungarns entschieden habe. Die Vereinigten Staaten wollen den Erzherzog nicht anerkennen. Zu dem Entschluß soll auch die gegenwärtige Stellung der jetzt aufgelösten ungarischen Regierung in Szegedin beigetragen haben, da letztere eine weitgehende Verständigung mit den Südslaven anstrebte, die der Erzherzog nicht billigte.

Budapest, 20. Aug. Nach einer Mitteilung des Ung. Korrespondenten ist in ganz Ungarn das Standrecht erklärt worden.

Landrichter Lange.

Roman von Maria Jensen, geb. v. Sebregondi.

Nachdruck verboten.

Neben deinem Güterhause Mareinage in Pothringen wird das sein ganzes Besitztum sein.“

„Leonore, welcher Anstalt!“ In der Hast, mit der sie sich in ihrem Sessel aufrichtete, und in dem starren Blick ihrer weit geöffneten Augen verriet sie mehr Angst als Born. „Mein Gemahl ist ja im Besitz der sämtlichen großen Güter sowie der Oekonomien, Höfe, Staatspapiere und Barschaften, die zu der Hinterlassenschaft des Freiherrn Johann Levin gehören.“

„Freilich ist Papa im Besitz“, erwiderte Leonore, nicht ohne Bitterkeit, „aber in ungerichtetem Besitz.“

„Wie kannst du wagen, das beurteilen zu wollen?“ „Ich wiederhole, dein Papa ist im Besitz des Vermögens und der Staat, die Regierung stören ihn darin nicht. Wer dürfte es wagen, sein Eigentum anzutasten?“

„Ach, Mama, ist nicht ein jeder dazu verpflichtet, der weiß, daß diese Erbschaft eben nicht meinem Papa, sondern seinem Vetter Erhard gehört?“

„Läge die Sache wirklich so, was ich nicht glaube — denn ich hörte immer, der Besitz verleihe auch das Recht — ja, läge sie wirklich, wie du annimmst, so hat doch niemand die Befugnis, sich einzumischen. Es ist eine Boudorfer Familienangelegenheit.“

„Sie ist aber bereits über die Grenzen unserer Familie hinaus bekannt.“

„Doch zum Glück nicht bei vorlauten Fremden. Ich sehe jetzt ein, daß Papa gut getan hat, diese Heirat. Die mir anfangs so viel Kummer bereitet haben, zuzugeben. Herr von Lange war von dieser Beschaffenheit unterrichtet. Er würde als Feind sehr gefährlich gewesen sein, als Bundesgenosse ist er unschädlich.“

„Ach, Mama, teure Mama, ich habe gewußt, Gott weiß, wie sehr, dich zu schonen. Ein hartes, kein tadelndes Wort auszusprechen“, sagte Leonore, schmerzlich bewegt. „Aber es bleibt mir nichts übrig, als die Dinge offen als das zu bezeichnen, was sie sind. Tante Isabella hat meinen unglücklichen Vater berebet, dich, seine Verwandten und alle Welt zu betrügen, und durch diesen schrecklichen und grausamen Betrug die Güter an sich zu reißen, die nach dem Testament des Onkels an Johann Levin nicht meinem Vater,

sondern dem Vetter Erhard zufamen, weil ihm als ältestes Kind ein Antheil geboren wurde. Soll man mein armer, bedrörter Vater hier auf Erden von Gewissensbissen gequält, von Angst und Scham geartert werden? Wenn nicht, so muß er seinem so entsetzlich hintergangenen Verwandten das geraubte Gut nach Möglichkeit erziehen. Außerdem gibt es hier und dort keinen Frieden, kein Erbarmen für ihn.“

Sie schwieg erschöpft. Bittere Tränen rindeten sich über ihr blaßes Gesicht.

Ihre Mutter hatte, sich tief zurücklehnen, ihre Hände über die Augen gelegt. Eine kleine eine Zille jerschte lange in dem Gemach, bis endlich die Baronin die Hände sinken ließ und mit bebender Stimme sprach: „Deine Worte machen, daß deine Mutter sich als Vetterin fühlt. Und sie drücken deinem Vater ein Teil der Schmach auf die Stirne. Aber du mußt sie sprechen. — Ich zwang dich dazu.“

„Liebe, teure Mama, betrachte doch unsere Lage nicht aus dem düstersten Gesichtspunkte. Es ist nicht zu leugnen, daß Papa gefehlt hat. Aber die Versuchung war zu schwer für ihn, und du kennst ja die Gemal“, die Tante Isabella über ihn hatte. Jetzt ist er entschlossen, gut zu machen, soviel er vermag. Bist, wo er zur Erkenntnis dessen gekommen ist, was unänderlich gesehen muß, ist es sein größter, fast einziger Schmerz, daß du durch den uns bevorstehenden Wechsel leiden wirst.“

„Leiden! — Ich werde vernichtet werden von der Last der Schmach und der Armut, die mir bevorstehen. Schmach und Armut, sie sollen fortan die untrennbaren Gefährten einer Tochter der Häuser Caselnau und Waldatten sein.“

„Kein, Mama, diese Schrecken werden dir erspart bleiben. Franz kennt den Baron Erhard und ist überzeugt, daß er ein Ehrenmann ist, und bereitwillig die Hand dazu bieten wird, daß durch die zwischen ihm und meinem Vater zu treffenden Anordnungen auf den Namen Boudorf, der ja auch sein eigener ist, kein Schatten fällt. Auch mit Dürftigkeit wirst du nicht zu kämpfen haben. Rudolph ist ein Mann, und er kann und wird selbständig für seine Zukunft sorgen. Die meinige ist gesichert durch meine Verlobung. Somit verbleibt die Einkünfte von Silberast und Mareinage unverkürzt dem Papa und dir, liebe Mama. Ich bin gewiß, wenn du deine Kinder glücklich wirst, wirst du dich auch in dieser bescheidenen Lage zufrieden fühlen.“

„Deine Absicht ist zwar gut, Leonore“, sprach die Baronin in bitterem Tone, „aber deine Tröstungen ermangeln eines vernünftigen Grundes. Die Einkünfte von Silberast und Mareinage! Weist du nicht, daß die bisher zum größten Teile nur von deinem unheimlichen Nadelgeld verschlungen wurden? Und damit sollen wir nun reichen für unseren ganzen Haushalt und Toilette, und was sonst noch erforderlich ist! Künftig, meine Tochter, bedenke, ehe du einen Satz aussprichst, ob er mit der gebundenen Vernunft übereinstimmt.“

Leonore fühlte sich durch die e zurückgeworfen, sie nahe ermutigt, wagte aber trotzdem noch einen Satz. Die Ansichten und Ermahnungen ihrer Mutter, die eine etwas größere Uebereinstimmung mit der g. Lage zu bringen.

„Hörne mir nicht, liebe Mama, wenn ich in meiner Unerfahrenheit bisweilen einen Mißgriff begehe. Ich erkenne ich mit dir, daß und allen eine besonnenste Sorge und vorsichtiger Einschränkung bedarf. Nicht ohne Ungenugigkeit bin ich mir der Schwierigkeiten bewußt, die meine Jugend und meine Unbekanntschaft mit dem Ernste des Lebens mir bereiten werden. Aber ich sage mir auch, daß ich deine Tochter bin und das Recht und die Pflicht habe, den edeln Frauen deines Hauses nachzueifern, von denen ich dich so oft voll Begeisterung und Stolz reden hörte. Du sollst mir nicht umsonst erzählt haben, du Teure, wie die schöne Marquise Caselnau und ihre zarte Schwester, die Gräfin St. Maurice, als sie vor den Horden der Revolution aus ihrem Vaterlande flohen, Auen Mut und eine Entschlossenheit entfalteten, die der größten aller Helden würdig gewesen wären, wie sie sich endlich mit ihren Gatten und Brüdern in Hamburg geborgen, aber von allen Mitteln entblößt sahen, und dennoch keine fremde Hilfe begehrten, durch keine Klage sich erniedrigten. So dürftig, wie diese unsere Mütter und Großmütter waren, werden wir nicht sein. Aber auch wir werden Schwierigkeiten zu kämpfen finden, und ich hoffe, es wird uns verjöhnt sein, mit gleichem Mute und ähnlicher Tatkraft, wie sie einst ihr großes Schicksal trugen, sie zu bewältigen.“

Streik.

Bern, 20. Aug. „Nouvelles de Lyon“ berichtet aus Lüttich, daß die Arbeiter der Metallfabriken von Lüttich und Umgebung die Arbeit niedergelegt haben. Sie verlangen den Achtstundentag und Mindestlöhne.

Bern, 20. Aug. Wie „Progres de Lyon“ aus Alexandria erzählt, wurden der französische Admiral Morner und sein Adjutant bei einer Kundgebung zu Ehren der französischen Matrosen bei einer Ortschaft in der Nähe von Beirut (Syrien) durch Schüsse schwer verletzt.

London, 21. Aug. Den englischen Blättern zufolge meldet „Philadelphia Ledger“, daß ein Generalstreik der amerikanischen Stahl- und Eisenarbeiter vorbereitet werde. Der Streik richtet sich gegen die Stahlgesellschaft und gegen die unabhängigen Stahl- und Eisenvereinigungen.

Die „Times“ meldet, daß in Kairo gegen alle Erwartung der Streik der Straßenbahnangestellten und Kleiner unverändert fort dauert. Am Dienstag streikten 12.000 Zigarettenmacher. Die bolschewistische Propaganda sei sehr groß.

Baden.

(*) **Karlsruhe, 21. Aug.** In einer Vertreterversammlung des Verkehrspersonals wurde nach dem „Volkstrend“ einstimmig erklärt, daß bei den heutigen Verhältnissen der Lohnstarif für die bad. Eisenbahner vom März d. J. nicht mehr ausreichend sei und ein Ausgleich durch Feuerungs- und Kinderzulagen geschaffen werden müsse, da ein durchgreifender Abbau der Preise nicht in Aussicht stehe. Die Konferenz sprach ferner die Erwartung aus, daß die Einführung der Betriebsräte auch im Verkehrsweesen der Arbeiterschaft das volle Mitbestimmungsrecht bringe.

(*) **Pforzheim, 21. Aug.** Verhaftet wurde der 38 Jahre alte ledige Goldschmied Wilhelm Hirsch von Ottersweier. Er hat zusammen mit dem früher schon verhafteten Goldschmied Rudolf Lang in Frankfurt a. M. für 70.000 M. und in Stuttgart für 20.000 M. Bronceplatten für Gold verkauft. Der genannte Lang hat seinerzeit auch Bronzeplatten für 60.000 M. an den Bärenfabrikanten Manz verkauft.

(*) **Bretten, 21. Aug.** Am Bahnbau Bretten-Karlsruhe ist jetzt auch die Strecke Bretten-Kittlingen begonnen.

(*) **Bruchsal, 21. Aug.** Die Mörder des Waldhüters Decker in Hambrüden konnten bis jetzt noch nicht ermittelt werden. Die Staatsanwaltschaft hat auf die Ergreifung der Täter eine Belohnung von 500 M. ausgesetzt. Als Täter kommen drei in Militär-Anzüge gekleidete Männer in Betracht.

(*) **Mannheim, 21. Aug.** Wie sehr sich der Theaterbesuch am hiesigen Theater gesteigert hat, ergibt sich aus dem statistischen Bericht für den April. Danach wurden im Hoftheater außer dem Abonnement im Tagesverkauf 17.900 Karten gegen 8000 i. Vorj. und im Neuen Theater 7668 gegen 3047 verkauft. Die Rosengartenveranstaltungen wiesen einen Besuch von 54.600 gegen 4600 Personen im Vorjahre auf.

(*) **Mühlheim, 21. Aug.** In den letzten Tagen war unsere Stadt ohne elektrisches Licht und ohne Energie, weil die Arbeiter bei den Elektrizitätswerken in Mühlheim streikten. Auch Waldkirch war ohne jegliche elektrische Energie und Licht. Die Fabriken, die infolge der ungenügenden Kohlenversorgung keine eigene Kraft besaßen, waren gezwungen, zu feiern.

(*) **Wieblingen, 21. Aug.** Der Fabrikarbeiter Gg. Diez von hier wurde, der „Heidelb. Ztg.“ zufolge, gestern verhaftet und ins Amtsgerichtsgefängnis nach Heidelberg abgeliefert. Der Unmensch hat sich an seiner kaum 15jährigen Tochter vergangen. Das Kind ist vor einigen Tagen Mutter geworden.

(*) **Konstanz, 21. Aug.** Der Konstanzener Flughafen der Deutschen Luftreederei wurde am Dienstag morgen offiziell eröffnet.

Württemberg.

(*) **Großholzente, Orl. Wangen, 21. Aug.** (3 m Urlaub.) Unter den zahlreichen hiesigen Sommergästen befindet sich zurzeit auch der Staatspräsident Bloß mit Gemahlin.

(*) **Stuttgart, 20. Aug.** (Diatonieschule.) Mit einer stattlichen Zahl von Schülerinnen beginnt die Diatonieschule in Stuttgart am 9. September d. J. ihren 12. Lehrgang. Während die 9 ersten Kurse je nur 1/2 Jahr dauerten, die weiteren sich über 1/2 Jahr erstrecken, ist von nun an für die theoretische Ausbildung ein volles Jahr vorgesehen, woran sich dann die ein weiteres Jahr umfassende praktische Arbeit schließt. Sie wird erlernt in verschiedenen Heimen und Anstalten, beim Cv. Pflanzverband, bei der Stadt, Stellenvermittlung, bei dem Landesverband für Jugendfürsorge, bei der Jugendgerichtshilfe, in der Gemeinde-, Säuglings-, Kinder- und Krankenpflege und ähnlichen Veranstaltungen. Viele der 242 durch die Diatonieschule hindurchgegangenen Mädchen sind schon beruflich tätig. Andere stehen da und dort in freiwilliger Mitarbeit an den mannigfaltigen Werken der inneren Mission.

(*) **Stuttgart, 21. Aug.** (Die Versicherung.) In einer Versammlung der Vertreter der Versicherungsangestellten und der Angestelltenverbände Stuttgart, in der Hermann-München und Böhm Bericht erstatteten, wurde eine Entschlüsselung angenommen, in der gesagt wird, die Stuttgarter Versicherungsangestellten (Württ. Feuerversicherung, Allg. Deutscher Versicherungsverein und Alte Stuttgarter) seien bestrebt, den Reichstari für die Versicherungsangestellten unentgeltlich zu machen. Die Verhandlungen werden beauftragt, mit allen Mitteln (auch mit dem Streik) die Versuche abzuwehren.

(*) **Stuttgart, 21. Aug.** (Betriebsbeschränkung der Zilderbahn.) Da die Nebenwerke, von denen die elektrischen Linien der Zilderbahn gespeist werden, die Kraftstromabgabe eingestellt und die eigenen Anlagen der Bahn nicht genügend Strom für den Vollbetrieb liefern können, müssen auf der Zilderbahn von heute an verschiedene Züge ausfallen, so am Samstag diejenigen zwischen 12.30 und 2.30 mittags. Am Sonntag wird auf der Zilderbahn und der Weinsteige nur beschränkter Betrieb möglich sein.

(*) **Stuttgart, 21. Aug.** (Schwarzschlach-Überwachungsbeamte des Kriegswiderstands beschlagnahmten auf einem Fuhrwerk 175 Kilogramm Schweißblech 128 Kg. Rührblech, 20 Kg. Nierenzeit, eine Kuhhaut und eine halbe Kuhhaut, die von einer Schwarzschlachting in Uhlbach stammten. Die Beteiligten, die Metzgermeister G. Wünsch in Uhlbach und H. Wünsch in Stuttgart, wurden zur Anzeige gebracht.

(*) **Feuerbach, 21. Aug.** (Keine Kirchweih.) Wegen der bestehenden Ernährungsverhältnisse wurde von der Abhaltung der Kirchweih für heuer nochmals Abstand genommen. Auch der allgemeine Markt soll nicht stattfinden, vielmehr sollen nur solche Geschäfte zugelassen werden, für deren Erzeugnisse ein besonderes Bedürfnis vorhanden ist.

(*) **Waiblingen, 21. Aug.** (Einbruch.) Bei dem Einbruch in das Anwesen eines Landwirts in Schwaiheim fielen den Dieben eine größere Geldsumme und Kleider in die Hände.

(*) **Heilbronn, 21. Aug.** (Genossenschaftsbrauerei.) Die Ederische Brauerei hier ist durch Kauf an die Genossenschaftsbrauerei Neuenstein a. N. übergegangen. Der Sitz der Genossenschaft wird nach Heilbronn verlegt. Der Wirtverband, sowie der Konsumverein werden sich an dem Unternehmen beteiligen.

(*) **Hottweil, 21. Aug.** (Mordversuch.) Ein 18-20jähriger Burche überfiel in Deßlingen die 75jährige verwitwete Kath. Merkle. Der Täter schlug mit einem Hammer auf die Greifein und ließ erst von seinem Opfer ab, als der 40jährige Sohn dazu kam. Er entfloß durch ein Fenster in den nahen Wald. Die Frau ist bis jetzt bewußtlos; ob sie mit dem Leben davon kommen wird, ist fraglich.

(*) **Mergentheim, 21. Aug.** (Ende der diesjährigen Kurzeit.) Das Ende der diesjährigen Kurzeit wurde am 15. September festgesetzt. Bis heute haben etwa 67.000 Uebernachtungen im Bezirk stattgefunden; außerdem sind bis 15. September noch weitere 4337 Uebernachtungen genehmigt. Alles in allem wird bis Mitte September eine Zahl von mindestens 75.000 Uebernachtungen erreicht werden.

Lothales.

— Die Verteuerung der Ferngespräche nach dem neuen Steuergezet ist eine sehr beträchtliche. Besonders hart wird dadurch die Presse getroffen, die vielfach genötigt ist, dringende Ferngespräche zu bestellen, wofür die dreifache Gebühr zu entrichten ist. Nach dem Gesetz sollen Zeitungen keine Vergünstigungen genießen, wie es z. B. bei den Telegrammen noch der Fall ist. Es ist aber doch zu hoffen, daß der Presse auch hier die Berücksichtigung noch zuteil wird; Opfer genug hat sie seither schon auf allen möglichen Gebieten bringen müssen.

— **Saftung der Eisenbahn.** Als Reisegepäck gelten nur diejenigen Gegenstände, die der Reisende zu seinem und seiner Angehörigen Reisebedürfnisse mit sich führt, also vor allem Kleidung, Wäsche und Toilettegegenstände. Das Reisegepäck muß durch seine Verpackung in Koffer, Reiseförbe, Reisetaschen, Gutschachteln, handliche Kisten oder dergleichen — als solches kenntlich gemacht sein. Für Verlust von Handgepäck haftet die Eisenbahn nur, wenn ihr ein Verschulden zur Last fällt, für Reisegepäck haftet die Eisenbahn dagegen auch dann, wenn sie kein Verschulden trifft. Zu ergeben hat die Eisenbahn den Handelswert und in Ermangelung eines Handelswerts den gemeinen Wert des Guts am Ort und zur Zeit der Annahme zur Beförderung, ferner das, was an Zoll oder sonstigen Kosten, sowie an Fracht bezahlt oder noch zu bezahlen ist. Voller Schadenersatz ist zu leisten, wenn der Schaden durch Verfall oder grobe Fahrlässigkeit der Eisenbahn verursacht wurde. Die Eisenbahn haftet jedoch für den Verlust am Reisegepäck nur dann, wenn das Reisegepäck binnen 14 Tagen nach der Ankunft des Zuges, zu dem es aufgegeben war, auf der Bestimmungsstation abgeholt wird. Ein fehlendes Gepäckstück gilt nach Ablauf von 3 Tagen nach der Ankunft des Zugs, zu dem es aufgegeben war, als verloren. Wird das Gepäck wieder vorgefunden, so ist der Reisende, wenn sich sein Aufenthalt ermitteln läßt, hiervon zu benachrichtigen. Er kann dann innerhalb 30 Tagen nach Empfang der Nachricht verlangen, daß ihm das Gepäck gegen Rückzahlung des Erlosbetrags auf einer inländischen Station kostenfrei ausgehändigt werde. Hat der Reisende von seinem Recht innerhalb 30 Tagen nach Empfang der Nachricht keinen Gebrauch gemacht, so kann die Eisenbahn über das Gut frei verfügen.

— **Keine Erhöhung der Fleischration.** Die Meldung eines Vorratbureaus von einer Erhöhung der Fleischration von 200 auf 250 Gramm wöchentlich ist nicht zutreffend.

— **Verhängnisvoller Schuß.** In der Nacht zum Donnerstag schloß in Berlin in der Tiergartenstraße ein Fokos des Sturmabteilung auf ein Auto, das auf seinen Anruf nicht Halt machte. Von den Insassen wurde ein Fr. Gloner, Tochter des Prokuristen des Bankhauses Reichröder, getötet, ihre Schwester und der Badearzt Dr. Friedländer aus Rausheim schwer verletzt.

— **Uebergang der Wasserkrägen auf das Reich.** Am 15. und 16. August fand in Heilbronn eine erste Besprechung von Vertretern der Einzelstaaten über den Uebergang der dem allgemeinen Verkehr dienenden Wasserkrägen auf das Reich statt, der nach der Reichsverfassung spätestens am 1. April 1921 stattfinden soll.

Dabei ist eine weitgehende Mäßigung der schwierigen hier in Betracht kommenden Fragen erzielt worden. Die Besprechungen sollen später zusammen mit Vertretern des Reichs fortgesetzt werden.

ep. **Von unseren Kriegsgefangenen.** Nach den Mitteilungen der Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene beträgt die Zahl der noch in rumanischen Gefangenenlagern und Lazaretten befindlichen deutschen Kriegsgefangenen 2637. — Das Schweizer Politische Amt teilt mit, daß die französische Regierung sich mit der sofortigen Entlassung der noch in der Schweiz internierten deutschen Militärpersonen einverstanden erklärt hat. Der Abtransport hat bereits begonnen. — Wie die Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene mitteilt, hat sich die Lage der in belgischer Hand befindlichen Kriegsgefangenen im Vergleich mit dem verfloßenen Winter gebessert. Die Unterkunft, meist in Kasernen, ist jetzt im allgemeinen zufriedenstellend, während die Bekleidung zu wünschen übrig läßt. Die Arbeit unserer Leute besteht hauptsächlich in Ein- und Ausladen von Eisenbahnwagen, Wegebauten und Herstellungsarbeiten in Fabriken, bei der Eisenbahn und den Seeresbetrieben und dauert mit einer Mittagspause von morgens 8 bis nachmittags 5 Uhr. Vorkehrungen zum Abtransport der deutschen Gefangenen sollen von der belgischen Regierung bereits getroffen worden sein. Trotzdem wird die Uebermittlung von Geld- und Liebesgaben wie bisher fortgesetzt. — Sämtliche in italienischer Hand befindliche deutsche Kriegsgefangene, im ganzen 364 Mann, sind in Florenz zum Abtransport in die Heimat bereit gestellt, der voraussichtlich in aller Kürze erfolgen wird.

Nach einer Mitteilung des englischen Arbeitsministeriums waren am 1. Juli in England 31.595 deutsche Kriegsgefangene beschäftigt, davon 22.136 in landwirtschaftlichen, 8821 in militärischen und 638 in verschiedenen anderen Betrieben. Sie erhalten alle dieselben Löhne wie die freien Arbeiter.



Aus dem Bezirk.

Wildbad, 22. Aug. (Betrifft Kreisbes.-Gründungs.) Den nach dem 10. November 1918 zurückgekehrten Kriegsgefangenen, die von den Durchgangslagern ohne Beurlaubung von den Angehörigen entlassen wurden, können, falls sie den Antrag stellen, die Gebühren für 8 Wochen ausbezahlt werden; Voraussetzung ist jedoch, daß der Antragsteller vorchriftsmäßigen Entlassungspapier vorgelegt und er nicht anderweitig mit Gebühr versehen beurlaubt war.

Wildbad, 22. Aug. Es soll nicht bekannt werden, wann auf den heute abend 8 1/2 Uhr im Kursaal zu Gunsten der Militär-Kurankstalt Wildbad stattfindenden Herren- und Damen-Concerts der Damen Marie Kraus und Ellen Roe, sowie des Herrn Maron, die sich in der Lebensversicherung und weitestgehendsten Weise in den Dienst der guten Sache gestellt haben, hinzuzusetzen. Die Genannten, wohlbekannten Namen dürfen eine Gewähr dafür sein, daß der Abend ein äußerst genussreicher und unterhaltender sein wird. Es wäre zu wünschen, daß ein recht zahlreicher Besuch des Abends der Militär-Kurankstalt eine erhebliche Summe einbringen wird, die als Grundstock für einen Fond gedacht ist, aus dem Gegenstände beschafft werden sollen, welche der Unterhaltung und der Kurzeit der Kurankstalt dienen. Ein volles Haus wäre auch eine ideale Entlohnung für die Vortragenden, die sich in der dankenswerten Weise der großen Mühe unterzogen haben, den Abend vorzubereiten.

Wildbad, 22. Aug. (Richard Wagner-Abend.) Nach den Segnungen gottbegnadeter Natur die Offenbarungen eines der Größten im Reiche der Tonkunst. Nach sonnenhelligen Tagen der Abglanz Wagnerischen Geistes im Kursaal. Orchesterles, gesangliches und pianistisches Können von derselben warmen und schillernder Hörerschaft sich mitteilenden Gönade an die Sache. Wer so aberunbete und frische Leistungen hervorbringen versteht, wie jüngst unser vielbeschäftigtes Kurorchster in einer der schillerndsten Duverturen von Gluck, der mag sich süßlich auch einmal an ganz schwierige Aufgaben heranzuwagen. Die um Hrn. Musikdirektor Franz vereinigte Kräfte bewunderten ihre Anpassungsfähigkeit und Spielfähigkeit ihren Ernst auch dort, wo die mehr theater- als konzertmäßigen Ansprüche der Komposition weit, sogar gefährlich weit über die derzeitige Belegung des Instrumentalkörpers wie über die akustischen

Verhältnisse des Kurjaars hinausgeh'n. Gleich die Weber- gabe der „Holländer“-Ouverture war ein guter Wurf, und eine glückliche Haltung, immer im Rahmen des überhaupt Möglichen, erwies das Orchester in der Gloden- und Oralszene aus „Parfival“. Herr Franz selber ist ein kluger und sicher zupackender Führer, ein gewandter Partituren- Leser, mit einer etwas starken Neigung zu breiten Zeitmaßen, aber immer auf Ausdruck und Stiltreue bedacht, von lebendigem Gefühl auch für versteckte Fein- heiten des Notenwerks. Selbst in den Stücken aus „Siegfried“ hielt er das Ganze über vielen, vielen Klippen. Einen ausgezeichneten Mitbewerfer fand der stim- mungsvoll anregende Abend in dem Kammerfänger Herrn Richard Könncke aus Berlin. Er sang seinen Wagner recht aus dem Innersten und mit großem, deutungsfähigem Tonvermögen: Wolframs Ansprache und Lied an den Abend-

stern ein wenig sentimental untermalt, aber sehr warm und eindrucksvoll, das Lied „Träume“ (eine Tristan-Vorstudie) mit bewundernswert feiner Vertiefung in's Seelische, den heroisch sich aufschwingenden Bergenserguß „Schmerzen“ mit dem Ausdruck echter Leidenschaft, Wolframs Abschied von Brünnhilde in einem reichgefeierten, bühnenmäßigen Zug, in wohlthuender Einheit der bei Wagner so wichtigen Wort- gebung und der ebenmäßigen und wandlungsfähigen, auch das mezza-voce beherrschenden, im Forte geschmackvoll blei- benden Stimme. Der Sänger, gleich der Begleiterin mit reichem Beifall und Blumen bedacht, gab ein Beethoven- Lied („Die Himmel rühmen“) hinzu, das allerdings in der Wagner-Umgebung sich reichlich fremd ausnahm. Am Klä- gel sah Fr. Ceci Preuß. Sie begleitete sicher und ver- ständnisvoll, mit künstlerischem Takt und namentlich das Nachspiel zu „Träume“ geriet ihr duftig und anziehend.

Alles in allem: Ein genußreicher Abend, dessen man sich gerne erinnern wird, auch wenn man dem wonnigen Wild- bad, diesem Schöpfung der Natur, längst wieder Lebenswohl- sagen mußte.
Wildbad, 22. Aug. Zur Zeit finden Verhandlungen zwischen den Vertretern der württembergischen, badischen und bayrischen Eisenbahnverwaltungen statt, die den Zweck haben, wegen außerordentlicher Kohlenknappheit den Sonn- tags-Zug-Berkehr vollständig einzustellen. Nur noch Milch- und Lebensmittelzüge sollen geführt werden. Wer den ungeheuren Bahnverkehr an den letzten Sonntagen von und nach Wildbad zu beobachten Gelegenheit hatte, kann ermessen, was für ein Schaden unserer Fremdenindustrie durch den Ausfall der Sonntagszüge erwachsen würde.

Oberamt Neuenbürg.

Verbrauchs- und Mahlvorschriften

im Wirtschaftsjahr 16. Aug. 1919 — 15. Aug. 1920.

A. Nach der neuen Reichsgetreideordnung dürfen die Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe aus selbstgebaurem Brotgetreide und selbstgebaurem Gerste vom 16. August ab (entsprechend der Festsetzung des Reichsernährungsministers vorläufig bis auf weiteres) pro Person und Monat an Brotgetreide 12 kg an Gerste . . . 5 kg

verbrauchen. Hafer, Hülsenfrüchte und Buchweizen sind verkehrsfrei insoweit als sie nicht vom Kommunalverband zur Erfüllung einer etwaigen Lieferungsverpflicht gegenüber der Reichsgetreide- stelle benötigt werden.

Der Begriff des landwirtschaftlichen Unternehmers ist etwas enger gefaßt worden, als solcher ist derjenige anzusehen, durch den und auf dessen Rechnung der Betrieb erfolgt, gleichgültig ob er Eigentümer, Pächter oder Pachtnehmer des Grund und Bodens ist. Dem landwirtschaftlichen Beruf fernstehende Personen, die sich durch Pacht- oder ähnliche Verträge (Kauf) die Rechte von Selbstverforgern zu verschaffen suchen oder zu verschaffen gewünscht haben, während sie die Bewirtschaftung der Grundstücke ganz oder in der Hauptsache fremden Personen überlassen, sind nicht als Unternehmer anzusehen.

B. Die Mahlvorschriften im neuen Wirtschaftsjahr sind im allgemeinen dieselben wie bisher. Neu ist, daß nur noch die Verarbeitung von Brotgetreide und Gerste in die Reichsgetreide-Ordnung einbezogen ist. Im einzelnen gilt folgendes:

1. Die Verarbeitung von Roggen, Weizen, Dinkel (auch Einkorn) und Gerste zu Mehl, Schrot, Grieß, Grütze, Graupen, Flocken und ähnlichen Erzeugnissen in eigenen oder fremden Betrieben und die Weiterverarbeitung von diesen Erzeugnissen ist von der Ausstellung von Mahlkarten und Schrotkarten abhängig.

2. Die Ausstellung geschieht durch die Geschäftsstelle des Kommunalverbandes.

3. Den Antrag auf Ausstellung von Mahlkarten oder Schrotkarten hat der Landwirt unter Vorlegung der letzten Mahlkarte (Mahlschein) oder Schrotkarte beim Ortsvorsteher zu stellen.

4. Das weitere Verfahren bezüglich der Ausstellung von Mahl- oder Schrotkarten, der Anlieferung von Brotgetreide und Gerste bei dem Müller und der Verarbeitung durch diesen einschließlich der Buchführung und des Gewichtseintrags in den Mahl- bzw. Schrotkarten durch den letzteren usw. ist unverändert beibehalten.

5. Die Bearbeitung (Reinigen, Sortieren und dergl.) von Brotgetreide und Gerste kann vom Kommunalverband zugelassen werden und ist von der Erteilung eines Erlaubnis- scheins durch die Geschäftsstelle des Kommunalverbandes abhängig.

6. Die Benützung von Schrotmühlen zur Verarbeitung von Früchten im Sinne des § 2 der R.-G.-O. und von Mais ist verboten. Als Schrotmühlen gelten ohne Rücksicht auf die Bezeichnung alle nicht gewerblich betriebenen Mählen und sonstigen Vorrichtungen, welche zum Mahlen, Schrotten oder Quetschen von Getreide geeignet sind, mögen sie für Hand- oder Kraftbetrieb eingerichtet, beweglich oder fest eingebaut sein. Alle derartigen Mählen sind von der Orts- Polizeibehörde durch Anlegen von Siegeln oder sonstige geeignete Maßregeln zu verschließen. Ausnahmen von diesen Bestimmungen können in besonderen Fällen von der Geschäftsstelle des Kommunalverbandes (wenn die Ausstellung einer Schrotkarte nicht erforderlich ist, von der Ortspolizei- behörde) zugelassen werden. Die Erlaubnis muß stets an die Bedingung geknüpft werden, daß während der Zeit der Benützung der Mühle ihr Betrieb auf Kosten des Unter- nehmers polizeilich beaufsichtigt wird. Nach dem Schrotten ist die Mühle wieder polizeilich zu verschließen.

7. Die Anlieferung von Brotgetreide und Gerste und die Abholung von Erzeugnissen sowie die Verarbeitung von Brotgetreide und Gerste an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen sowie zur Nachtzeit ist nur mit vorheriger Zustimmung des Kommunalverbandes gestattet.

8. Aufträge zur Verarbeitung von Teilen der auf den Mahl- bzw. Schrotkarten verzeichneten Mengen darf der Müller nur annehmen, wenn der Auftraggeber gleichzeitig schriftlich auf die Verarbeitung des Restes verzichtet.

Die (Stadt-)Schultheißenämter werden beauftragt, Vor- stehendes ortsüblich bekannt zu machen und die Landwirte und Müller zur Einhaltung des vorgeschriebenen Geschäfts- gangs anzuhalten unter Hinweis auf die Folgen, die Zu- widerhandlungen nach sich ziehen (strenge Strafe, Entziehung der Selbstverforgerrechte, Betriebsschließung). Falls an dem von den Gemeinden der Geschäftsstelle vorgelegten Ver- zeichnis der für ihre Landwirte überwiegend in Betracht kommenden Mählen Änderungen eingetreten sind, sind sie der Geschäftsstelle des Kommunalverbandes umgehend an- zuzeigen.

Den 15. August 1919.

Bullinger.

Veröffentlicht.

Wildbad, 19. Aug. 1919.

Stadtschultheißenamt: Bägner.

Bekanntmachung.

Die Familienunterstützungen an die noch Ver- zugsberechtigten kommen am **Samstag, den 23. August 1919** vorm. von 7—8½ Uhr

zur Auszahlung. Wildbad, 22. August 1919. Stadtpflege.

Kunst-Speisefett.

Auf Lebensmittelkarte 8 wird abgegeben: **400 gr an die Butter-Versorgungsberechtigten** **200 gr an die Kuhhalter.**

In den Listen der Kaufleute sind die Kuhhalter ge- trennt einzutragen.

Listenschluß Montag Abend 6 Uhr. **Städt. Lebensmittelamt: Kappelmann.** **Arbeiterrat Schlüter.**

Wildbad, den 21. August 1919.

Dankjagung.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teil- nahme, die wir bei dem frühen Hinscheiden meiner lieben Frau, unserer guten Mutter, Großmutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwä- gerin und Tante

Christine Eitel,
geb. Bechtle,

erfahren durften, für die reichen Blumenspenden und die zahlreiche Begleitung zu ihrer letzten Ruhestätte; insbesondere für die trostreichen Worte des Herrn Stadtpfarrer, für den erheben- den Gesang, sowie den Herren Träger sprechen wir unsern innigsten Dank aus.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Der Gatte:
Philipp Eitel
und Kinder.

Stockholz

hauen in jeder Holzart waggonweise und erbitten Angebote franko Waggon Abgangstation Metall- und Drahtwerke G. m. b. H., Bussenhausen- Stuttgart. 408

Schuhwaren

aller Art

Herrn-, Damen-, Knaben-, Kinder- und Mädchenstiefel in nur Lederausführung.

Prima Qualitäten fertigt nach Maß bei mäßigen Preisen 124

Hermann Lutz, Wildbad.

Einfamilien-Haus

oder kleine Villa sofort zu kaufen gesucht. Angebote unter J. S. 444 an die Exped. ds. Bl.

Tausende bereiten sich aus Ruß Kunstmoßkautschuk mit Hei- delbergzulaß und mit Süßstoff

einen guten Baustrunk

die Flasche zu 100 Liter reichend, kostet M. 17.— ohne Süßstoff die Flasche zu 100 Liter M. 14.—

Viele Anerkennungen.

Ruß Heidelbeeren mit Jutaten* ohne Süßstoff das Paket zu 100 Liter M. 35.—, mit Süßstoff M. 38.50.
 Ruß Heidelbeeren mit Jutaten* das Paket ohne Süßstoff zu 50 Liter M. 17.75, mit Süßstoff M. 19.50.
 Jeder sollte einmal einen Versuch machen.
 Alleiniger Hersteller:

Rudolf Ruf, Eitlingen, Heidelbeer-Verfaub.
 Niederlagen werden errichtet. 268

Theater in Calmbach im „Kronensaal“

Sonntag, den 24. August, nachm. ¼4 Uhr und abends ¼8 Uhr

unter gefälliger Mitwirkung 80 hiesiger Schüler und Schülerinnen:

„Die Königskinder“

Romantisch-komisches Original-Feeenmärchen. Schauspiel in 6 Bildern von J. Vohl-Prantl.

Spielleiter: Direktor Fr. Walter.

Ein Teil des Reinertrages ist für die hiesige Kriegsfürsorge bestimmt. 414

Preise der Plätze im Vorverkauf in der Krone: Sperrsig M. 2.—, 1. Platz M. 1.50, Gallerie M. 1.—. An der Kasse: Sperrsig M. 2.20, 1. Platz M. 1.60, Gallerie M. 1.—. Kinder auf allen Plätzen die Hälfte.

Wohnung 2 oder 3 Zimmer

zu mieten gesucht. E. Leichte, Stuttgart, Meßstr. 69. 454

Haus, groß oder klein zu kaufen

gesucht. Werte Angeb. an E. Leichte, Stuttgart, Meßstr. 69 (454)

Junge Dame

gewandt in engl. und franz. Korrespon- denz, sowie in Stenografie und Maschinenschreiben mit schöner Handschrift und ge- wandtem Auftreten als 457

Privat-Sekretärin

zu sofortigem Eintritt gesucht. Off. mit Bild und Zeugnissen unter Nr. 244 an die Expedition ds. Bl.

Café Bechtle - Weinstube

Wildbad. Ia. alte und neue **Rot- und Weissweine** im Ausschank.

Obst u. Gemüse

Tomaten
Einmach-Gurken
Einmach Bohnen
 70 Pfennig empfiehlt **R. Stirner.**

Anwesen

mit Garten zu kaufen gesucht. Angebote mit Preisangabe unter G. W. 456 an die Ex- pedition, ds. Blattes.

Mädchen

das schon gedient, für 1. Sept. oder später zu kleiner Fa- milie (2 Personen) nach Pforz- heim gesucht. 455
 Zu erfragen bei Frau **G. Müller, Glaschneerei.**

Gesucht wird ein älterer noch guterhaltener

Bettrost.

Offerten unter Angabe des Preises an die Exped. ds. Bl. unter Nr. 441.

Verlaufen

kleiner schwarzer **Rehpinscher**

mit gelben Pfoten und gelber Brust. Halsband mit drei „Frankfurter Steuermarken“, hört auf den Namen „Fifi“. Gegen gute Belohnung ab- zugeben beim Portier

Hotel Post
 458 Wildbad.

Für sofort oder später ein fleißiger, kräftiger Junge als

Hausdiener

— gesucht. — **Stadt-Apotheke**
 S. Stephan.

Krankenfahr- Wagen

mit Einrichtung fast neu billig zu verkaufen. **Pforzheim, Schwabatterweg**
 — 7 part. —

Visitenkarten

— liefert schnell — die Wildbader Verlagsdruckerei.

Landes-Kurtheater
 Wildbad.

Heute abend **Schwarzwaldmädel.**